



Strategien gegen Langzeiterwerbslosigkeit

Nachricht von Sabine Zimmermann, 10. September 2014

Langzeiterwerbslosigkeit ist die Achillesferse der deutschen Arbeitsmarktpolitik. Deutlich über eine Millionen Menschen sind mehr als ein Jahr arbeitslos. Was kann man dagegen tun und wie künftig Langzeiterwerbslosigkeit verhindern? Dazu führte der Arbeitskreis Soziales, Gesundheit und Rente der Fraktion DIE LINKE am 9. September 2014 ein Fachgespräch durch mit Vertreterinnen und Vertretern von Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und der Wissenschaft.

„Dem Großteil der Langzeitarbeitslosen fehlt nichts außer einem Arbeitsplatz“, brachte es Martin Künkler, von der Koordinierungsstelle der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen, gleich zu Beginn seines Beitrages auf den Punkt und stellte sich gegen in das in der Öffentlichkeit stark verbreitete Bild, Langzeitarbeitslose seien nicht in der Lage oder wollen nicht arbeiten. Diese Meinung stützte auch Helga Spindler, Sozialrechtsprofessorin aus Essen. Sie sprach sich nicht nur dafür aus, die Rechtsposition

der Betroffenen zu stärken, sondern auch stärker beschäftigungspolitisch aktiv zu werden und mehr für gute öffentliche Beschäftigung zu tun. Erfahrungen aus Dortmund hätten gezeigt, dass es einen größeren gesellschaftlichen Bedarf an sinnvoller Arbeit gibt, der auch dauerhaft neu erschlossen und finanziert werden sollte.

Johannes Jakob vom Deutschen Gewerkschaftsbund wies darauf hin, dass die Statistik das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit stark unterzeichnet. Zähle man auch diejenigen dazu, die ständig zwischen Arbeitslosigkeit und prekären, oft schlecht entlohnten Jobs hin und her pendelten, läge das Problem tatsächlich nicht bei einer Millionen, sondern drei Millionen Betroffenen. Er plädierte dafür, mehr bei der Weiterbildung zu tun und diese seitens der Politik besser zu finanzieren. Das Arbeitsmarktprogramm „2. Chance“, das für 30.000 Menschen ohne Berufsausbildung eine Ausbildung ermöglichen soll, sei nicht ausreichend. Deutliche Kritik an der Förderpraxis der Bundesagentur für Arbeit übte Joß Steinke von der Arbeiterwohlfahrt. In der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung des Programms fielen Maßnahmen, die auf eine nachhaltige Förderung setzen, hinten runter. Matthias Knuth, Arbeitsmarktprofessor, plädierte für eine deutliche Stärkung der Arbeitslosenversicherung. Er wies darauf hin, dass die Hartz-Gesetze nichts mit dem Aufschwung am Arbeitsmarkt zu tun gehabt und den Langzeitarbeitslosen nichts genützt hätten.

Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE machte deutlich, dass DIE LINKE viele der Anregungen aus der Veranstaltung aufnehmen werde. Sie hatte im Vorfeld des Fachgesprächs einige Thesen zur Verhinderung und Bekämpfung der Langzeiterwerbslosigkeit vorgelegt und mahnt dringenden Handlungsbedarf an. DIE

LINKE wird dazu in den kommenden Monaten im Bundestag verschiedene Initiativen ergreifen.

linksfraktion.de, 10. September 2014